

setzen, da sie die Fremdenfeindlichkeit unter den Einheimischen abbauen. Weniger fremdenfeindliche Einheimische diskriminieren Migrant*innen wiederum weniger und gewähren ihnen dadurch gleichere Chancen, während inklusive Massnahmen die Gleichstellung von Einheimischen und Migrant*innen fördern. Zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des harmonischen Zusammenlebens sollten nationale und regionale Behörden sowie Institutionen eine egalitäre Beziehung von Migrant*innen mit Einheimischen durch inklusive Integrationsmassnahmen anstreben.

Weiterführende Lektüre

Green, E. G. T. and Staerklé, C. (2013). **Migration and Multiculturalism**. In: L. Huddy, D. O. Sears, and J. S. Levy (Eds.), *Oxford Handbook of Political Psychology*. Oxford University Press, 852–889.

Paluck, El. L., Green, S. A. and Green, D. P. (2019). **The Contact Hypothesis Re-Evaluated**, *Behavioural Public Policy* 3(2), 129–158.

Kende, Judit, Oriane Sarrasin, Anita Manatschal, Karen Phalet and Eva G. T. Green (2022). **Policies and Prejudice: Integration Policies Moderate the Link Between Immigrant Presence and Anti-Immigrant Prejudice**. *Journal of Personality and Social Psychology*.

nccr – on the move. **Immigrant Presence, Integration Policies, and Anti-Immigrant Prejudice**, Migration-Mobility Indicators. Neuchâtel: nccr – on the move, 2021.

Portes, A. and Vickstrom, E. (2011). **Diversity, Social Capital, and Cohesion**. *Annual Review of Sociology* 37, 461–479.

In dieser **interaktiven Visualisierung** können Sie weitere Ergebnisse aus unserer Reihe von Studien über Fremdenfeindlichkeit, die Anwesenheit von Zuwanderern und Integrationspolitik erkunden: <https://tabsoft.co/2X7O7jg>.



Der Einfluss gesellschaftlicher Normen auf Verhalten und Einstellungen bezüglich Migration in der nationalen Mehrheitsbevölkerung und unter Zugewanderten

Eva G. T. Green, Juan Manuel Falomir-Pichastor und Anita Manatschal

Ein Projekt des «nccr – on the move»

Die weltweit zunehmenden Migrationsströme haben die Landschaften möglicher Identitäten vervielfacht, was nicht nur zu Anteilnahme und Unterstützung führen kann, sondern auch zu Ängsten und Abwehrhaltungen. Nachzuvollziehen, auf welche Weise sowohl die einheimische Mehrheitsbevölkerung als auch Immigrant*innen auf diese gesellschaftlichen Veränderungen reagieren, ist nach wie vor eine Herausforderung. Das Projekt befasst sich daher mit folgender übergeordneter Forschungsfrage in der Schweiz und in einer internationalen Vergleichsperspektive: Wie und unter welchen Umständen beeinflussen gesellschaftliche Normen der Inklusion oder Exklusion Einstellungen und Verhalten der einheimischen Mehrheitsbevölkerung sowie der Immigrant*innen?

kurz und bündig #21 basiert auf dem Teilprojekt «Migration Policies and Shared Majority Representations as Antecedents of Immigration Attitudes across Nations and in Switzerland» von Eva G. T. Greens

Kontakt für kurz und bündig #21: Judit Kende, Postdoktorandin in Sozialpsychologie, Universität Lausanne, Université libre de Bruxelles und nccr – on the move, judit.kende@unil.ch

Der Nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) nccr – on the move erforscht Themen rund um Migration und Mobilität. Dabei setzt er sich zum Ziel, das Zusammenspiel von Migration und Mobilität und damit einhergehenden Phänomenen in der Schweiz und darüber hinaus besser zu verstehen. Er führt Forschung aus den Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften zusammen. Das von der Universität Neuenburg koordinierte Netzwerk umfasst 17 Forschungsprojekte an elf Schweizer Hochschulen: Den Universitäten Basel, Fribourg, Genf, Lausanne, Luzern, Neuenburg und Zürich, der ETH Zürich, dem Graduate Institute in Genf, der Fachhochschule Westschweiz sowie der Fachhochschule Nordwestschweiz.

«kurz und bündig» gibt Antworten auf aktuelle Fragestellungen im Bereich der Migration und Mobilität – auf der Grundlage von Forschungsergebnissen, die im Rahmen des «nccr – on the move» erarbeitet worden sind. Die Analysen und Argumente liegen in der Verantwortung der Autor*innen.

Kontakt für die Serie: Dina Bader, Verantwortliche Wissenstransfer, dina.bader@nccr-onthemove.ch

nccr →
on the move

National Center of Competence in Research –
The Migration-Mobility Nexus
nccr-onthemove.ch

Universität Neuenburg,
Rue Abram-Louis-Breguet 2,
2000 Neuchâtel, Schweiz

nccr →
on the move


National Center of Competence in Research –
The Migration-Mobility Nexus

nccr-onthemove.ch

Judit Kende, Oriane Sarrasin,
Anita Manatschal,
Karen Phalet, Eva G. T. Green

Gleiche Rechte für Migrant*innen,
ein Rezept gegen Fremdenfeindlichkeit
in Migrationsgesellschaften?

kurz und bündig #21, Januar 2022

 Schweizerischer
Nationalfonds

Die Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) sind ein
Förderungsinstrument des Schweizerischen Nationalfonds

Botschaften für die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger

Einheimische zeigen sich in einem Umfeld mit vielen Zugewanderten weniger voreingenommen, wenn Integrationsmassnahmen dafür sorgen, dass Migrant*innen den Einheimischen gleichgestellt sind.

Inklusive Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Migrant*innen und Einheimischen ebnen den Weg zu sozialem Zusammenhalt in vielfältigen Gesellschaften.

Was ist gemeint mit ...

... Fremdenfeindlichkeit / Xenophobie
Vorurteile und Voreingenommenheit gegenüber Migrant*innen.

... Integrationsmassnahmen
Massnahmen, mit welchen nationale und regionale Behörden oder Institutionen Migrant*innen in verschiedenen Lebensbereichen in gleichem oder eingeschränktem Mass Rechte gewähren wie Einheimischen.

... inklusive sozioökonomische Massnahmen
Sozioökonomische Massnahmen sind inklusiv, wenn die Gesetze und Vorschriften der Aufnahmegesellschaft Migrant*innen gleiche Rechte und gleichen Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen sowie zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt gewähren wie Einheimischen.

... inklusive rechtliche und politische Massnahmen
Rechtliche und politische Integrationsmassnahmen können den Migrant*innen mehr Rechte zur politischen Teilhabe gewähren, sie vor Diskriminierung schützen, ihnen Stimmrechte verleihen oder ihre Einbürgerung erleichtern.

Weltweit migrieren immer mehr Menschen. Dies stellt uns zurzeit vor eine grosse Herausforderung, herauszufinden, wie Menschen unterschiedlicher Herkunft harmonisch zusammenleben können. Dieser Policy Brief präsentiert eine Studie, die zeigt, dass Einheimische sich in einem von Zuwanderung geprägten Umfeld weniger voreingenommen zeigen, wenn Integrationsmassnahmen die Chancengleichheit für Migrant*innen fördern. Dafür haben wir Umfragen mit insgesamt über 140'000 Teilnehmenden in 66 Ländern, 20 Schweizer Kantonen und 64 flämisch-belgischen Schulen analysiert.

In diesen Zeiten der zunehmenden Migration ist es eine grosse Herausforderung, herauszufinden, wie Menschen unterschiedlicher Herkunft ohne Hass und Konflikte zusammenleben können. Einheimische, das heisst, in ihrem Geburtsland lebende Bürger*innen, reagieren unterschiedlich auf Migrant*innen. Manche sträuben sich gegen Zuwanderung und begegnen ihnen mit Feindseligkeit und Fremdenfeindlichkeit, während andere Einheimische Migrant*innen und die mit der Zuwanderung einhergehende Diversität begrüßen. Eher voreingenommene Einheimische diskriminieren Migrant*innen häufig, schränken ihre Chancen ein und schüren gesellschaftliche Spannungen.

Ungleiche Diversität und Fremdenfeindlichkeit

Aufgrund seiner grossen gesellschaftlichen und politischen Relevanz wurde der Zusammenhang

zwischen der Präsenz von Migrant*innen und der Haltung von Einheimischen vielfach untersucht. Laut einigen Sozialwissenschaftler*innen und Politiker*innen führt eine vermehrte Zuwanderung unweigerlich zu mehr Voreingenommenheit. Die Forschungsergebnisse sind jedoch uneinheitlich: Andere Studien belegen einen umgekehrten Zusammenhang und schliessen daraus, dass mehr Zuwanderung zu weniger Fremdenfeindlichkeit führt, während nochmals andere gar keinen Zusammenhang finden. Im Jahr 2011 postulierten die beiden Soziologen Portes und Vickstrom, dass «nicht Diversität an sich, sondern ungleiche Diversität den Unterschied ausmacht». Unsere Studie prüft dieses Postulat erstmals empirisch.

Abbildung 1: Voreingenommenheit in Abhängigkeit vom Anteil an Migrant*innen sowie von Integrationsmassnahmen – Prognosewerte aus der statistischen Analyse

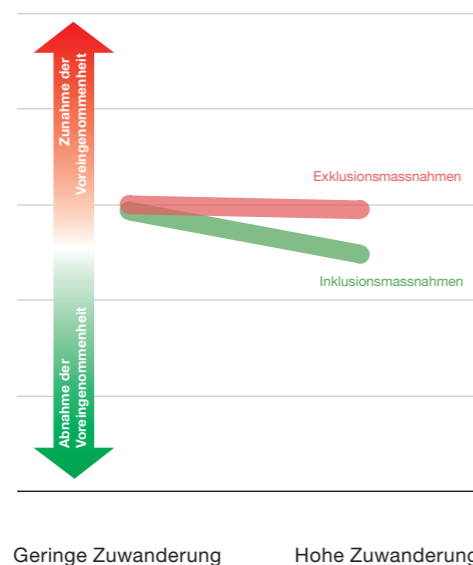


Abbildung 1 stellt unsere Ergebnisse aus einer Studie mit Daten aus 19 Ländern und fast 20'000 Teilnehmenden (International Social Survey Program) dar. Die rote Linie zeigt, dass ausschliessende, die Rechte der Migrant*innen einschränkende Politikmassnahmen mit ausgeprägteren Vorurteilen einhergehen. Die grüne Linie illustriert den Umfang der Vorurteile, wenn Massnahmen inklusiv sind und gleiche Rechte für Migrant*innen gewährleisten. Sie zeigt, dass Vorurteile am wenigsten ausgeprägt sind, wenn zahlreiche Migrant*innen in einem Land präsent sind und die ergriffenen Politikmassnahmen inklusiv sind.

Quelle: [Visualisierung](#) «International Social Survey Program, 2013», in Kende et al. 2021.

(Un-)Gleichstellung als entscheidender Faktor für Fremdenfeindlichkeit

Diversität bedeutet nicht grundsätzlich Ungleichheit. Chancengleichheit hängt jedoch vom politischen Umgang mit Zuwanderung ab. Nationale und regionale Behörden sowie Institutionen gewähren Migrant*innen in gleichem oder eingeschränktem Mass Rechte wie den Einheimischen. Wir haben Vorurteile gegenüber Migrant*innen mit einem Fokus auf sozioökonomische und rechtlich-politische Integrationsmassnahmen untersucht, um Teilhabemöglichkeiten von Migrant*innen zu erfassen. Konkret haben wir umfassende Analysen von 66 Ländern und über 140'000 Teilnehmenden in 6 Studien vorgenommen sowie die Wirkung von subnationalen Massnahmen in 20 Schweizer Kantonen und an 64 flämisch-belgischen Schulen mit insgesamt rund 2'400 Teilnehmenden untersucht.

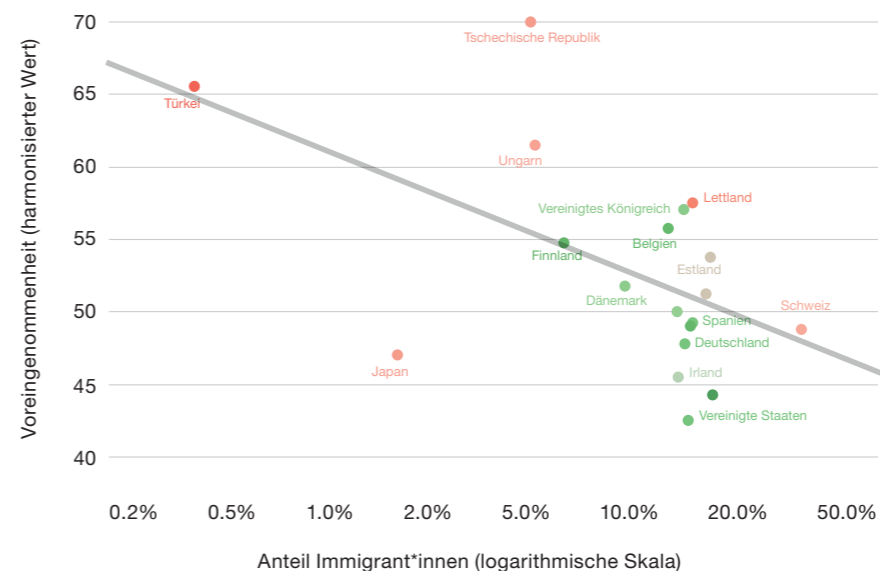
Wir stellten auf allen Lenkungsebenen und in verschiedenen Kontexten eine Korrelation zwischen Inklusionsmassnahmen und geringeren Vorurteilen gegenüber Migrant*innen in von Zuwanderung geprägten Umfeldern fest. In Kontexten mit vielen Zugewanderten war Fremdenfeindlichkeit nur dort ausgeprägt, wo die Rechte der Migrant*innen stark eingeschränkt sind, während sie gering war, wenn die Migrant*innen zwar zahlreich, aber gleichberechtigt sind.

Warum ist eine integrative Integrationspolitik so entscheidend?

Forschungsarbeiten zeigen, dass Migrant*innen mit gleichen Rechten auch gleichwertigere Bildungsabschlüsse, Berufe und Einkommen haben. Durch inklusive Integrationsmassnahmen sind Migrant*innen somit in allen Lebensbereichen präsenter und Einheimischen gleichgestellt. Zudem erhöhen inklusive Integrationsmassnahmen die Chancen auf gleichberechtigte Kontakte zwischen Migrant*innen und Einheimischen, etwa als Arbeitskolleg*innen oder Nachbar*innen. Zudem sehen Einheimische vermehrt mediale oder andere Darstellungen von Migrant*innen, welche negative Stereotype hinterfragen und letztere als gleichwertige und aktive Mitglieder der Gesellschaft zeigen.

Über 70 Jahre sozialwissenschaftlicher Forschung haben gezeigt, dass Einheimische Migrant*innen gegenüber weniger negativ eingestellt sind, wenn sie mit ihnen interagieren oder sie als gleichgestellt wahrnehmen. Hunderte sozialpsychologischer Studien belegen, dass der Kontakt mit Migrant*innen Vorurteile abbaut, insbesondere Kontakt «auf Augenhöhe». Die Darstellung von Migrant*innen als gleichwertig mindert Fremdenfeindlichkeit ebenfalls. Die Kombination einer grossen Präsenz von Migrant*innen und inklusiver Integrationsmassnahmen schafft mehr Chancen für solche egalitären Begegnungen, was erklärt, weshalb wir weniger

Abbildung 2: Voreingenommenheit in Abhängigkeit vom Anteil Migrant*innen sowie von Integrationsmassnahmen – Beobachtungswerte aus 19 Ländern im Jahr 2013



Fremdenfeindlichkeit in inklusiv orientierten Umfeldern mit einem hohen Anteil an Migrant*innen beobachten.

Aufruf zu inklusiven Integrationsmassnahmen

Wir schliessen aus unserer Studie, dass inklusive Integrationsmassnahmen bei einer grossen Präsenz von Migrant*innen zum Abbau von fremdenfeindlichen Vorurteilen führen. Zudem machen inklusive Integrationsmassnahmen in von Zuwanderung geprägten Umfeldern auch dann einen Unterschied, wenn zugleich andere Fremdenfeindlichkeit begünstigende Faktoren wie etwa Arbeitslosigkeit, niedriges BIP, Einkommensungleichheit oder ein allgegenwärtiger xenophober Diskurs vorliegen.

Insgesamt identifizieren wir inklusive, die Chancengleichheit von Migrant*innen fördernde rechtliche und sozioökonomische Integrationsmassnahmen als die zentrale Bedingung für geringe fremdenfeindliche Vorurteile in von Zuwanderung geprägten Umfeldern. Ausschliessende Integrationsmassnahmen mögen auf den ersten Blick nützlich scheinen, um angebliche Sorgen von Einheimischen und Forderungen rechtspopulistischer Parteien aufzufangen. Sie verstärken unseren Ergebnissen zufolge jedoch Spannungen zwischen Migrant*innen und Einheimischen in vielfältigen Gesellschaften. Inklusive Massnahmen könnten dagegen einen positiven Mechanismus in Gang

Abbildung 2 zeigt die Werte für die einzelnen Länder aus derselben Studie. Die grünen Punkte stehen für Länder mit inklusiven Politikmassnahmen und bestätigen die Ergebnisse der statistischen Analyse: Vorurteile sind seltener, wenn Massnahmen inklusiv und Migrant*innen zahlreich sind. Im Gegenzug stehen die roten Punkte für Länder mit ausschliessenden Massnahmen. Wie sich zeigt, ist Voreingenommenheit in diesen Ländern häufiger.

Quelle: [Visualisierung](#) «International Social Survey Program, 2013», in Kende et al. 2021.